TALK

Renate Künast und Ulrike
„Chancen und Gefahren –
abkommen zwischen EU

Ein Gedankenaustausch auf der die

Renate Künast, Bündnis90/Die Grünen, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Recht und Verbraucherschutz und Prof. Dr. Ulrike Detmers, Geschäftsleitung Mestemacher Gruppe in der Diskussion

fng: *Frau Prof. Dr. Detmers, die Brot-Kreationen der Großbäckerei MESTEMACHER sind heute in rund 90 Ländern dieser Erde zu haben. Da muss Ihnen doch das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA sehr gelegen kommen, oder?*

Ulrike Detmers: Grundsätzlich ja. Für uns als Bio-Brot- und Backwarenproduzenten sind aber bereits durch die gegenseitige Anerkennung der Bio-Standards zwischen der EU und den USA vor einigen Jahren Exporte nach Nordamerika erleichtert worden. Heute zählen die Vereinigten Staaten zu unseren wichtigsten Abnehmern von Bio-Broten und Bio-Müsli.

fng: *Frau Künast, die deutschen Exporte waren 2014 so hoch wie nie zuvor. Bietet das geplante TTIP-Abkommen nicht enorme Chancen auf beständiges Wirtschaftswachstum?*

„Wir sollten genau hinsehen, ob das, was für die großen Konzerne gut ist, nicht eine neue Last für den Mittelstand bei uns wird."

Renate Künast: Alle Rechnungen, die dazu bisher vorgelegt wurden, haben minimalstes Wachstum von zehn Jahren behauptet, aber Nachfragen nicht standgehalten. Wie auch? Wir können kaum noch mehr Nahrung, Autos oder Kleidung kaufen. Und wenn wir mehr in die USA exportieren, kommen logischerweise auch mehr Importe aus den USA in die EU. Handel ist ja keine Einbahnstraße, sonst würden die USA dieses Abkommen auch gar nicht wollen. Wir sollten genau hinsehen, ob das, was für die großen internationalen Konzerne gut ist, nicht eine neue Last für den Mittelstand bei uns wird.

fng: *Haben Sie Sorgen, Frau Detmers, dass dieses Freihandelsabkommen die hohen Standards im Bereich Lebensmittel hier bei uns aushöhlen könnte?*

Ulrike Detmers: Das glaube ich nicht. Nehmen wir unseren echt westfälischen Pumpernickel. MESTEMACHER backt diese Spezialität seit 1871. Jetzt im Januar wurde er von der EU mit der geografisch geschützten Angabe, g.g.A., versehen.

BIOFACH2015
into organic

Detmers: das Freihandels- und USA"

sjährigen BioFach

Ich denke, das wird auch so bleiben.

fng: *Die Bundeskanzlerin hat gesagt, mit ihr werde es bei einem TTIP-Abkommen die berüchtigten Chlorhähnchen aus den USA hier in Europa nicht geben. Ist das nicht ein klares Bekenntnis zu den Verbraucherschutz-Regeln bei uns?*

Renate Künast: Nein, das ist nur eine trickreiche Äußerung. Merkel und Gabriel erzählen uns stets, dass doch die europäischen Gesundheits-, Verbraucher- und Umweltstandards bestehen bleiben. Okay, das Ziel von TTIP ist ja auch nicht, Bestehendes abzuschaffen, sondern für die Zukunft neue Regeln aufzulegen. Es soll die regulatory cooperation kommen, was heißt, dass neue Regelungsabsichten zeitig vorher mitzuteilen sind und gemeinsam beraten werden.

Neben Mitgliedsstaaten, Parlament und Kommission würde dann auch noch die US-Regierung – unter Geheimhaltung natürlich – mitverhandeln. Das freut Monsanto (weltweit agierender und umstrittener US-Agrarkonzern, d. Red.), aber nicht uns. Für mich ist das ein massiver Eingriff in unsere demokratischen Prinzipien. Schon heute kämpft der Bundestag um mehr Einfluss in die Brüsseler Entscheidungsfindung. In Zukunft wäre quasi noch ein TTIP-Geheimkabinett dabei. Dazu sage ich Nein!.

„Wir sollten sehr kritisch darauf achten, dass unsere hohen Lebensmittel-Standards nicht aufs Spiel gesetzt werden."

fng: MESTEMACHER, Sie hatten es schon erwähnt, Frau Detmers, produziert hochwertige Bio-Kreationen. Haben Sie Befürchtungen, dass durch das Freihandelsabkommen hier bei uns der Gentechnik Tür und Tor geöffnet werden könnten?

Ulrike Detmers: Ehrlich gesagt: Nein! Das EU-Land Österreich zum Beispiel ist Gentechnik frei. Und die österreichische Lebensmittelwirtschaft exportiert mit kontinuierlichem Wachstum in die USA. Denn dort steigt unter den Konsumenten die Nachfrage nach Lebensmitteln, die nicht gentechnisch verändert wurden. Auch für Deutschland tun sich für die Lebensmittelwirtschaft mit dem Gütemerkmal frei von Gentechnik hervorragende Exportchancen auf.

Ich bin aber sehr froh, dass Experten und Expertinnen für Verbraucherschutz und Recht – wie Frau Künast – sehr kritisch darauf achten, dass unsere hohen Lebensmittel-Standards nicht aufs Spiel gesetzt werden.

fng: *Frau Künast, in Streitfällen – so die Planung für das TTIP-Abkommen – sollen unabhängige Schiedsgerichte schlichten. Sollte man denen nicht vertrauen?*

Renate Künast: Das geplante Schiedsgericht ist die undemokratische Fortsetzung der regulatorischen Kooperation. Erstens sollen dort gar keine Richter sitzen, sondern Anwälte, benannt durch IWF, WTO oder andere Organisationen. Zweitens können sie dort auf Schadensersatz klagen, wenn politische Maßnahmen oder Gesetze ihre erwarteten Gewinne schmälern.

Ein US-Investor klagt dann auf entgangenen Gewinn, weil die EU trotz regulatory cooperation eine Strategie zur Reduzierung des Pestizideinsatzes beschlossen hat und seine Investition in eine Chemiefabrik mit Sitz in der EU weniger Gewinne abwirft. Sollen wir also in Zukunft für kluge und nachhaltige Politik noch Schadensersatz bezahlen? An der Klagebefugnis ändert auch der neueste Gabriel-Vorschlag für einen internationalen Handelsgerichtshof nichts. Dort könnten wir zwar zu einer ordentlichen Richterernennung kommen, aber die Kernfrage ist doch: Wieso dürfen Firmen auf entgangenen Profit klagen, aber andere nicht auf Missachtung der Verbraucherrechte oder der Umweltbelange?

Ulrike Detmers: Ich verstehe das Argument nicht, dass internationale Schiedsgerichte mehr Rechtsschutz bringen für kleine und mittlere Unternehmen als die ordentliche Gerichtsbarkeit. Die Gewinner der diskutierten Institutionalisierung von internationalen Schiedsgerichten und der Aushebelung der ordentlichen Gerichtsbarkeit wären große internationale Anwaltskanzleien mit ihren Spitzen-Honoraren. Verlierer wären kleine und mittlere Unternehmen. Deren Arbeitsplätze wären gefährdet.

fng: *Eine letzte Frage an Sie beide – Unter welchen Voraussetzungen könnten Sie ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA akzeptieren?*

Ulrike Detmers: Indem für die Wahrung von Rechten und dem Schutz von Eigentum die ordentliche Gerichtsbarkeit zuständig bleibt. Mir leuchtet nicht ein, warum sich europäische und amerikanische Investoren darauf nicht verlassen sollten.

Renate Künast: Erstens: Ein Freihandelsabkommen sollte sich auf die gegenseitige Anerkennung technischer Überprüfungen wie der TÜV konzentrieren und Sicherheitsstandards anerkennen, denn es ist egal, ob Rücklichter Rot oder Orange sind.

Zweitens: Sinnvoll und nötig wäre eine Freihandelszone, die hilft, die Probleme aller zu lösen. EU und USA könnten zum Beispiel einen Beitrag zur CO2-Senkung leisten, indem wir eine große gemeinsame Zone für einen ehrgeizigen CO2-Zertifikate-Handel schaffen. Das wäre übrigens ein enormer Innovationsschub, der weltweit Maßstäbe setzte. Und dieses Wachstum wäre ein Gutes.

fng: *Wir danken für das Gespräch.*

Es stellten sich den Fragen:

Prof. Dr. Ulrike Detmers, ist Unternehmerin, Wirtschaftsprofessorin und Frauenrechtlerin. In der MESTEMACHER Gruppe ist *Ulrike Detmers* Mitglied der Geschäftsführung und Gesellschafterin. Zugleich leitet sie die Ressorts Zentrales Markenmanagement und Social Marketing. Für das Unternehmen in Gütersloh hat *Ulrike Detmers* das Markenkonzept *Mestemacher - the lifestyle-bakery* initiiert und entwickelt. An der Fachhochschule Bielefeld ist die Managerin Professorin für Betriebswirtschaftslehre mit den Schwerpunkten Personalmanagement und Organisationsmanagement.

www.mestemacher.de

Renate Künast ist Abgeordnete des Deutschen Bundestages und gehört der Fraktion von *Bündnis 90/Die Grünen* an. Gegenwärtig ist die Politikerin Vorsitzende des Ausschusses für Rechtund Verbraucherschutz. *Renate Künast* wurde 1955 in Recklinghausen geboren. Sie studierte Sozialarbeit an der Fachhochschule Düsseldorf und arbeitete einige Jahre als Sozialarbeiterin in der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel, speziell mit Drogenabhängigen. Später studierte sie Jura und arbeitet heute als Rechtsanwältin. *Renate Künast* war von 2000 bis 2001 Bundesvorsitzende von *Bündnis 90/Die Grünen* und in der Rot/Grünen Koalition unter Bundeskanzler *Gerhard Schröder* Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. Von 2005 bis 2013 war sie Fraktionsvorsitzende von *Bündnis 90/ Die Grünen.* Sie führte die Fraktion über den Zeitraum von zwei Legislaturperioden.

www.gruene.de